

Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2023-1	InformationsBrief	Seite
Editorial	<i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
Wofür wir arbeiten	<i>LGM</i>	2
Die leidende Kirche	<i>Pfr. Dieter Kuller</i>	4
Jesus-Demenz in d. Christenheit – eine tödliche Seuche	<i>Pfr. U. Parzany</i>	4
Mit Utopia gegen Freiheit und Christentum	<i>Giuseppe Gracia</i>	11
Matic-Bericht - Recht auf Abtreibung?	<i>Pfr. Detlev Graf v. der Pahlen</i>	14
Ein entscheidendes Jahr für den Lebensschutz	<i>David Wengenroth</i>	17
Ist „gleich“ immer auch „gerecht“?	<i>Bolko v. Bonin</i>	18
Nachrichten		20
Glaube, Bibel und Bekenntnis		20
Christen müssen über Sünde reden		20
Warum es höchste Zeit ist, auf Gott zu hören.....		21
Kirche		21
Reaktionen auf EKD-Synode: Spott, Kritik, Kopfschütteln.....		21
Kandidaten für die Wahl zum Bayer. Landesbischof am 27.3.2023		23
Christenverfolgung		24
Politik interessiert sich nicht für Christenverfolgung		24
Für volle Rechte von Christen im Nahen und Mittleren Osten		26
Kampf für ungeborene Kinder		26
Externer Druck ist oft Ursache für Schwangerschaftskonflikte		26
§ 218 StGB: Bayern würde gegen eine Streichung klagen.....		27
Philippinen wollen Abtreibung nicht zulassen		28
Gender-Ideologie		28
Kentlers Sexualpädagogik ist nicht mit ihm gestorben		28
Warum der Begriff „Homophobie“ diskriminiert.....		30
Zum Nachdenken, Literaturhinweis		31
In eigener Sache, Impressum		32

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
 das Thema ‚Kirche‘ beschäftigt uns immer wieder, diesmal geht es um die ‚Leidende Kirche‘. Martin Luther hat Kreuz und Leiden als den wertvollsten Schatz der Kirche betrachtet. Professor Walther von Loewenich, den ich als Student in Erlangen gehört habe, hat Recht mit seiner Meinung, dass die Kirche, die sich nach Luther nennt, dies oft nicht genügend beherzigt hat. Was das für die gegenwärtigen kirchlichen Reformprozesse bedeutet, darüber einige Gedanken in meinem Beitrag. Dazu gehören auch die weiteren Nachrichten von der Kirche. Mit dem Beitrag ‚Wofür wir arbeiten‘ möchten wir unterstreichen, dass unsere Infobriefe sich nicht gegen die Kirche richten.

Nach wie vor ist unsere Zeit geprägt von Katastrophen, die uns Angst machen. Krieg, Inflation, Klimawandel, Corona ist noch nicht vorbei – ja, wir haben Angst. Es ist sicher kein Zufall, dass die Botschaft Jesu genau da einsetzt: *„In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“* (Joh 16,33). Was immer das bedeutet: *„Ich habe die Welt überwunden“* – wir sollen getrost sein und guten Mutes im Blick auf Jesus.

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Wofür wir arbeiten

(LGM) Die LEBENDIGE GEMEINDE München wird mitunter kritisiert, weil sie nicht mit der Zeit gehe und gegen die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) arbeite, statt diese zu unterstützen.

Dieser Vorwurf ist jedoch unzutreffend: Wir weisen zwar in protestantischer Tradition darauf hin, wenn kirchliches Reden, Schreiben und Handeln nicht vereinbar ist mit klaren Vorgaben der Bibel, aber wir arbeiten *in der Kirche* um zu überzeugen und *nicht gegen sie*. So war es von Anfang an in den Gemeinden, entsprechend der Mahnung des Apostels Paulus: *„Lasst das Wort Christi reichlich unter Euch wohnen: lehrt und ermahnt einander in aller Weisheit“* (Kol 3,16).

Das Argument, wir sollten uns nicht entzweien, nur weil in unserer Kirche Manches kritikwürdig ist, geht ins Leere. Das Gegenteil ist der Fall: Wir treten ein für die Überwindung der kirchlichen Spaltungen auf Grundlage der Bibel und des Nicänum, dem die Christenheit verbindenden ökumenischen Glaubensbekenntnis, um - unter Wahrung des jeweiligen konfessionellen Sondergutes - einer sichtbaren ‚Einheit

in versöhnter Verschiedenheit“ näher zu kommen (www.lgm-info.de ⇒ Vorträge ⇒ Ökumene – was fehlt zur Kirchengemeinschaft?).

Leider verschärft und mehrt die evangelische Seite die Kontroversen zwischen den Konfessionen. Dabei geht es nicht um theologische Feinheiten, sondern um die „Aushöhlung des Evangeliums“ wie es namhafte evangelische Christen in einem „Weckruf“ (Okt. 2022) ausgedrückt haben (siehe <https://dasevangelium.net/>).

Zentrale Gravamina (Vorwürfe gegen Kirche und Klerus) mit Potential zur Spaltung unserer Kirche sind:

- Die Infragestellung der Bibel als Offenbarung Gottes durch historisch-kritische Exegese, die nicht nur den geschichtlichen Hintergrund eines Textes erforscht, sondern dessen Wahrheit und Verbindlichkeit bezweifelt.
- Sünde und Verdammnis (Lk 13,23 u.a.) werden nicht thematisiert, weil die Körperschaft Kirche so attraktiver erscheinen soll. Wenn Verdammnis aber kein Thema ist, scheinen der Opfertod Christi und seine Auferstehung nicht heilsnotwendig zu sein und so wird behauptet, beides sei für heutige Christen aus Vernunftgründen nicht zumutbar. Das behaupten nicht etwa Kirchengegner, sondern ordinierte Pfarrer sogar in kirchlichen Leitungsfunktionen und Inhaber theologischer Lehrstühle (www.lgm-info.de ⇒ InfoBriefe und ⇒ Vorträge).
- Durch Missachtung oder Zurechtdeutung biblischer Weisungen wird deren Zweck untergraben, menschliche Begierden zu zügeln (z.B. die Sexualmoral, Abtreibung, Ehe für alle).
- Viele befremdet der kirchliche Aktivismus zu strittigen politischen Themen - z.B. das Engagement für die problematische Gender-Agenda mit einem Gender-Studienzentrum, Gender-Professuren, sogar mit einer gendergerechten Bibel, mit Gender-Schreibweisen und Darstellung in Medien wie dem Film „Eine Tür ist genug“ (www.youtube.com/watch?v=9X0PbuyWX6o).

Dadurch angefochtene Glaubensgeschwister wollen wir ermutigen nicht zu resignieren, indem wir die Gravamina kritisch aufgreifen.

Die katholische, die orthodoxen, und weltweit evangelische Kirchen sehen die Gravamina ähnlich, weil auch sie glauben, dass die Bibel von Gott inspiriertes Wort ist. Denn Jesus selbst sagte: *„Wenn ihr bleiben werdet an meinem Wort, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen“* (Joh 8,31-32).

„*Heilige sie in der Wahrheit, denn dein Wort ist die Wahrheit*“ (Joh 17,17). Paulus schreibt im 2.Tim 3,16: „*Denn alle Schrift, von Gott eingegeben, ist nütze zur Lehre, zur Zurechtweisung, zur Besserung, zur Erziehung in der Gerechtigkeit.*“

Wer hat uns je bevollmächtigt, diese biblische Wahrheit mit unserer begrenzten - nicht selten irrenden - Erkenntnisfähigkeit zu bezweifeln? Das Echo auf unsere InfoBriefe und die Spendenbereitschaft, die es ermöglicht, die erheblichen Kosten für Druck und Versand zu finanzieren, zeigen die Dankbarkeit für diesen ehrenamtlichen Dienst. Den nicht zu tun, wäre treulos, auch wenn wir mit unserer Überzeugung in der EKD eine Minderheit sind. Der christliche Glaube ist keine Frage von Mehrheiten sondern authentisch, wenn er mit der Bibel als Glaubensgrundlage übereinstimmt. Kirchliche Institutionen und Prediger sollten der „Aushöhlung des Evangeliums“ überzeugend entgegen treten und nicht den Zeitgeist unter Hinweis auf gesellschaftliche Entwicklungen adaptieren. Damit macht sich die Kirche zu einer Stimme von vielen und als Stachel im Fleisch des Mainstreams überflüssig. Dem entgegen zu wirken, sehen wir als Aufgabe.

Die leidende Kirche *Pfr. Dieter Kuller*

Im Juli 2022 traf sich die „Zukunftskonferenz der Kirchenleitung“ in der Evangelischen Akademie in Tutzing. Thema war der ELKB-Reformprozess „Profil und Konzentration“ (PuK), den die Landessynode 2017 in Coburg auf den Weg gebracht hat. In Tutzing wurden 5 Schwerpunkte beschlossen, auf die sich die Zukunftskonferenz für die nächsten Jahre verständigt hat, um auf der Basis von PuK weitere Reformen voranzubringen. Nach Meinung der Zukunftskonferenz geht der Reformprozess PuK in eine neue Phase. Bis zum Jahr 2030 soll an folgenden Schwerpunktthemen gearbeitet werden:

1. Über gute und digitale Kommunikation baut die ELKB den Kontakt und die Beziehung zu ihren Mitgliedern und den Menschen im Sozialraum aus.
2. Die Region gewinnt zukünftig als Gestaltungsraum an Bedeutung, und sie hat dafür sowohl einen strukturellen Rahmen wie auch Freiraum zur Gestaltung.
3. Unsere Personalpolitik ermöglicht es, dass kirchliche und nicht-kirchliche Professionen gemeinsam die anstehenden Aufgaben erfüllen.

4. Die Kirchenleitung sorgt für Rahmenbedingungen, dass sich Spiritualität als Kern unserer Identität und wichtige Ressource in der Transformation entfalten kann.

5. Die Leitungsarchitektur der ELKB ist so umgebaut, dass eine Transformation hin zu einer dezentralen Entscheidungskultur ermöglicht wird. (s. nachrichten der ELKiB 4/22).

Gewiss hat die Zukunftskonferenz bei ihrer Tagung etliche gute Statements formuliert und auch akute wunde Punkte angesprochen, aber sind das wirklich die Themen, die für die Kirchenleitung derzeit relevant sind? PuK ist eines von rund einem Dutzend kirchlicher Reformprogramme auf landeskirchlicher wie EKD-Ebene. Am Anfang stand **1997** das ‚Evangelische Münchenprogramm‘ (eMp), es folgten **1998** ‚Perspektiven und Schwerpunkte kirchlicher Arbeit in den nächsten Jahren‘ (PuSch), **2000** ‚Die Kommunikationsinitiative der ELKB‘, **2002** die ‚EKD-Öffentlichkeitsinitiative‘ ‚Gemeinsam Antworten finden‘, **2003** ‚Handlungsfeld – Konzept und Personalentwicklungsprogramm der ELKB‘, **2006** ‚Kirche auf gutem Grund‘ 11 Leitsätze als Zukunftsimpuls der EKD, **2017** ‚Profil und Konzentration‘ (PuK) etc.

All diese Programme sollten die Kirche „dynamisch“, „attraktiv“, „beweglich“ und „zukunftsfähig“ machen und konnten doch nicht verhindern, dass immer mehr Menschen die Kirche(n) verlassen. Es wird viel Energie, Zeit, Geld und Arbeit in diese Reformprogramme investiert, doch die Austrittszahlen steigen stetig weiter. Müssen wir noch mehr tun, uns noch mehr anstrengen, noch profilierter und konzentrierter ans Werk gehen, um die Kirche zu einem effizienten, erfolgreichen Unternehmen zu machen (eMp)? Nach allen Erfahrungen wird aber wohl auch das nichts nützen.

Es gibt aber einen anderen Weg. An dessen Beginn steht nicht ein systematischer Planungs- und Steuerungsprozess (PuSch), sondern die Erkenntnis, die schon Martin Luther gewonnen hat: „Wir sind es doch nicht, die da die Kirche erhalten könnten. Unsere Vorfahren sind es auch nicht gewesen. Unsere Nachkommen werdens auch nicht sein; sondern der ists gewesen, ists noch und wirds sein, der da sagt: *„Ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende“*“ (WA 50, 476). Wenn Martin Luther sich zu dem Thema ‚Kirche‘ äußert, geht es nicht um Steigerung des Qualitätsmanagements und Profilschärfung (PuK).

Wie Walther v. Loewenich in seinem Buch ‚LUTHERS THEOLOGIA CRUCIS‘ schon in den 60-iger Jahren des vorigen Jahrhunderts

eindrücklich nachgewiesen hat, gehört es nach Luthers Überzeugung „zum Wesen der Kirche, dass sie im Leiden steht; eine Kirche, von der das nicht gesagt werden kann, ist ihrer Bestimmung untreu geworden“ (S. 148). In seiner Schrift „Von den Konziliis und Kirchen“ von 1539 schreibt Marti Luther: „Man erkennt das heilige christliche Volk an dem Heiligungsmittel des heiligen Kreuzes, dass es alles Unglück und Verfolgung, allerlei Anfechtung und Übel vom Teufel, von Welt und Fleisch leiden muss, damit es seinem Haupte, Christus, gleich werde“ (WA L, 641). Walther v. Loewenich führt in seiner ‚Theologia Crucis‘ noch weitere Aussagen Luthers an, die ein ganz anderes Bild der Kirche vermitteln als die gegenwärtigen Reformversuche: „Die Feindschaft der Welt ist ein Zeichen für die Echtheit der Jüngerschaft“ (WA I, 214). „Der Christenstand ist Leidensnachfolge“ (WA V, 177). „Wenn die kirchliche Verkündigung nicht mehr ein Stein des Anstoßes dem Volk ist, dann ist das ein Zeichen dafür, dass sie das Evangelium verraten hat“ (WA II, 601). „Die Kirche, der köstlichste Schatz der Welt, wird von der Welt für nichts geachtet“ (WA XLIII, 139).

Das wird so bleiben und daran wird auch „die umgebaute Leitungsarchitektur der ELKB mit der Möglichkeit einer Transformation hin zu einer dezentralen Entscheidungskultur“ (Schwerpunkt Nr. 5) wohl kaum etwas ändern. Die wahre Kirche ist nach Martin Luther nicht die strahlende, erfolgreiche vom multiprofessionellen Teamgeist inspirierte Kirche, sondern die leidende, verfolgte und vielfach verachtete Kirche. So wie Jesus für Außenstehende am Kreuz scheinbar endgültig gescheitert war, so kommt auch die Kirche immer wieder an einen Punkt, wo sie scheinbar am Ende ist. In Wahrheit ist aber das Kreuz nicht das Zeichen für das Ende, sondern das Zeichen für die Gegenwart Gottes. Wir sollten unsere Hoffnung besser nicht auf die zahlreichen kirchlichen Reformprozesse, sondern auf das Wort vom Kreuz setzen, von dem Paulus schreibt: „*Denn das Wort vom Kreuz ist eine Torheit denen, die verloren werden; uns aber, die wir selig werden, ist es Gottes Kraft ... Denn weil die Welt durch ihre Weisheit Gott in seiner Weisheit nicht erkannte, gefiel es Gott wohl, durch die Torheit der Predigt selig zu machen, die da glauben*“ (1.Kor 1,18 u. 21).

So entsteht Kirche!

Jesus-Demenz in der Christenheit – eine tödliche Seuche

Pfr. Ulrich Parzany

Ich beobachte seit längerer Zeit, dass es Predigten in evangelischen Gottesdiensten gibt, in denen Jesus gar nicht vorkommt. Das trifft auch für viele kirchliche Äußerungen zu. Natürlich ist das meine subjektive Wahrnehmung. Ich wäre froh, wenn mir nachgewiesen würde, dass ich mit dieser Behauptung falsch liege. Ich halte diese Jesus-Vergessenheit - ich nenne sie Jesus-Demenz - für eine tödliche Seuche. Worüber wird in der Verkündigung gesprochen, wenn nicht über Jesus? Über Glauben an sich, Hoffnung, Liebe, Leben in allen Facetten, Kirche, Gott, Nöte der Menschen und entsprechende Hilfen. Kann man von all dem reden, ohne von Jesus zu reden? Auf Jesus kommt es an. Kein anderer Name unter dem Himmel, durch den wir gerettet werden, behaupten die Apostel im ersten öffentlichen Konflikt mit der Regierung in Jerusalem. (Apg 4,12) und Paulus schreibt in Römer 10: „Denn ,wer den Namen des Herrn anrufen wird, soll gerettet werden‘ (Joel 3,5). Wie sollen sie aber den anrufen, an den sie nicht glauben? Wie sollen sie aber an den glauben, von dem sie nichts gehört haben?“ Der Name Gottes ist JHWH: „Ich bin JHWH, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir“ (2.Mose 20,2f). Gott selbst ordnet an, wie der Messias heißen soll (Mat 1): Jesus. Und der Name Jeschua bedeutet „JAHWE rettet“. Warum aber wird der Name Jesus heute verschwiegen? Ich sehe zwei Gründe:

1. Jesus stört das Konzept der Zivilreligion.

Die Verkündigung des Evangeliums von Jesus führt zu Entscheidungen und spaltet die Hörschaft. So war es schon während der Wirksamkeit Jesu auf Erden. Die einen glaubten und folgten ihm nach, die anderen lehnten ihn als falschen Propheten und Gotteslästerer ab. So war es bei der Ausbreitung des Evangeliums durch die Apostel. Paulus verkündete in den Synagogen die Erfüllung von Gottes Verheißungen durch das Kommen des Messias Jesus. Die einen glaubten dem Messias Jesus, die anderen lehnten die Botschaft ab und vertrieben die Boten aus den Synagogen. Obwohl Paulus das Evangelium als die Versöhnungsbotschaft bezeichnet – „Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber“, musste er erleben, dass dieses Evangelium überall die jüdischen Gemeinden spaltete, wo es verkündet wurde.

Er litt schwer darunter (Röm 9,1ff) und konnte doch kein anderes Evangelium verkünden (Gal 1,6ff). Wenn ich richtig sehe, haben die evangelischen Kirchen sich entschieden, die Förderung des gesellschaftlichen Friedens zu einer ihrer Hauptaufgaben zu machen. Der christliche Glaube soll so vermittelt werden, dass er verbindet und möglichst niemanden ausgrenzt. Weil Jesus zu speziell ist und das Bekenntnis zu ihm zu Entscheidungen führt und dadurch spaltend wirkt, redet man lieber von Gott in der Hoffnung, dass damit ein größerer gemeinsamer Nenner gefunden ist. Auch Atheisten und Agnostiker können spirituell Suchende sein. Darum empfiehlt es sich, vom Glauben an sich, ohne festzulegen an wen oder was, oder von Werten zu sprechen, um möglichst viele einzubeziehen. Religion als Kitt für die Gesellschaft, das ist es, was man seit dem „Gesellschaftsvertrag“ von Jean-Jacques Rousseau (1762) als Zivilreligion bezeichnet. Leider können Werte gegensätzlich gedeutet werden und ihre Verwirklichung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen. Wir Christen glauben immer noch, dass wir in der Nachfolge Jesu auch unsere Feinde lieben sollen und können, Frieden mit allen halten, soweit es an uns liegt, und so den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Wir können allerdings nicht auf das Bekenntnis zu Jesus Christus und auf die Verkündigung des Evangeliums verzichten. Leider aber lässt sich in den Kirchen keine große Bereitschaft beobachten, den Auftrag auszuführen, wie er in der 6. These der Barmer Theologischen Erklärung formuliert ist: „Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.“ Nachdem den Kirchen inhaltlich der Wind stärker ins Gesicht bläst, ist den meisten Amtsträgern und Mitgliedern die Lust vergangen, eine Botschaft in die Öffentlichkeit zu tragen, der widersprochen wird. Wir wollen ja nicht spalten. Vor allem wollen wir „geliket“ werden. Wer allerdings fröhlich verkündet, dass die Gottebenbildlichkeit des Menschen mit der Polarität und Gemeinschaft von Mann und Frau zur Offenbarung Gottes gehört, kann nicht viele „Likes“ einsammeln. Dabei hat der Messias Jesus das ausdrücklich als Gottes erklärten Willen bestätigt. (Mat 19,4ff) Es müsste also von allen, die angeben, das christliche Menschenbild als Orientierung zu schätzen, vertreten werden. Sie wollen alles tun, was den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt, und alles lassen, was die Gesellschaft

spaltet. Damit komme ich zu dem tieferliegenden Grund dafür, dass sich in den evangelischen Kirchen die Jesus-Demenz wie eine Seuche verbreitet hat.

2. Jesus ist zu einer leeren Projektionsfläche geworden.

Woher wissen wir, wer Jesus ist? Wir wissen es nur aus der Bibel. Die kurzen Erwähnungen bei den nichtchristlichen Schriftstellern Tacitus und Sueton tragen zwar dazu bei, dass die Tatsache seiner Existenz und seiner Kreuzigung nicht zu leugnen ist. Die Echtheit der Erwähnung Jesu bei dem jüdischen Schriftsteller Josephus wird bezweifelt. Damit hängt alles an der Frage, ob die biblischen Aussagen über Jesus tatsächlich zutreffend sind. Die radikale Bibelkritik der Neuzeit hat das in Frage gestellt, weil ja alle biblischen Zeugen durch ihren Glauben an Jesus befangen seien. Vom historischen Jesus wüssten wir nichts „bis auf das punctum mathematicum des Dagesenseins als solches“. Nicht alle beurteilten die biblischen Texte so radikal kritisch. Aber als Grundmelodie hat sich bis heute durchgezogen: Es komme nicht darauf an, die Texte der Evangelien als Tatsachenberichte, sondern als Glaubenszeugnisse zu verstehen, die uns ansprechen, einladen, herausfordern, trösten, stärken wollen usw. Ob die berichteten Ereignisse tatsächlich geschehen seien, darauf käme es nicht an. Rudolf Bultmann verband seine radikale historische Kritik der Bibeltex-te mit der Existenzphilosophie als Deutungsmethode und unterschied Historizität (im Sinne von bloßen Tatsachen) und Geschichtlichkeit (im Sinne von Bedeutsamkeit, die uns betrifft und zur Entscheidung herausfordert). Als Auslegungshilfen mussten dann politische, feministische, psychologisch-therapeutische Zugänge dienen. Wer Jesus tatsächlich gewesen ist, spielte keine Rolle mehr. Jesus wurde so zu einer leeren Projektionsfläche für die als hilfreich empfundenen Vorstellungen. Da diese aber nicht zwingend ausschließlich mit Jesus verbunden waren, wurde Jesus eben verzichtbar. Zwei Grundentscheidungen haben hierfür die Voraussetzung geschaffen,

1. Lessing: Nicht auf die zufälligen Geschichtstatsachen kommt es an, sondern auf die ewige Vernunftwahrheit. Damit waren die Ereignisse der Heilsgeschichte als Tatsachen zur Disposition gestellt.

2. Schleiermacher: Glaube als Gefühl der schlechthinnigen Abhängigkeit und Anschauung des Universums. Die naturwissenschaftliche und die historische Kritik betrifft die Religion gar nicht, wenn Glaube vor allem als Gefühl definiert wird.

3. Gibt es Heilung von der Jesus-Demenz?

„Darum, weil wir dieses Amt haben nach der Barmherzigkeit, die uns widerfahren ist, werden wir nicht müde, sondern wir meiden schändliche Heimlichkeit und gehen nicht mit List um, fälschen auch nicht Gottes Wort, sondern durch Offenbarung der Wahrheit empfehlen wir uns dem Gewissen aller Menschen vor Gott. Ist nun aber unser Evangelium verdeckt, so ist's denen verdeckt, die verloren werden, den Ungläubigen, denen der Gott dieser Welt den Sinn verblendet hat, dass sie nicht sehen das helle Licht des Evangeliums von der Herrlichkeit Christi, welcher ist das Ebenbild Gottes. Denn wir predigen nicht uns selbst, sondern Jesus Christus, dass er der Herr ist, wir aber eure Knechte um Jesu willen. Denn Gott, der sprach: Licht soll aus der Finsternis hervorleuchten, der hat einen hellen Schein in unsre Herzen gegeben, dass durch uns entstände die Erleuchtung zur Erkenntnis der Herrlichkeit Gottes in dem Angesicht Jesu Christi.“ (2.Kor 4,1-6)

- Es ist Barmherzigkeit Gottes, dass wir zum Dienst berufen sind. Darum geben wir nicht auf.
- Die Bedrohung geschieht, wenn wir verlogen leben (schändliche Heimlichkeit) und das Wort Gottes fälschen.
- Wir bringen die Offenbarung der Wahrheit, wenn wir das Evangelium von der Herrlichkeit des Messias/Christus, der das Ebenbild Gottes ist, verkünden. D.h.: In Jesus ist Kabod JHWH, der geoffenbarte Gott.
- Wir verkündigen nicht uns (unseren Glauben), sondern Messias Jesus Kyrios/Adonai
- Damit dienen wir den Menschen wie Sklaven. Wir sind darin nicht frei, es zu tun oder zu lassen, sondern wir sind ihnen verpflichtet.
- Wenn wir das tun, leuchtet Gott auf, wie das Licht aufleuchtete, als er bei der Schöpfung sprach. Dann sehen die Hörer die Herrlichkeit Gottes (Kabod JHWH) im Angesicht des Messias Jesus.

Wer der Herrlichkeit Gottes im Angesicht des gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus begegnet ist, wird zum Zeugen und Boten dieses Herrn berufen. Nur wenn Jesus uns sendet und beauftragt, können wir das Evangelium vom Retter Messias Jesus weitersagen. Nur durch die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus wird die Jesus-Demenz geheilt. Denn *wer den Namen des Herrn anrufen wird, soll gerettet werden* (Joel 3,5). Wie sollen sie aber den anrufen, an den sie nicht glauben? Wie sollen sie aber an den glauben, von dem sie

nichts gehört haben? Wie sollen sie aber hören ohne Prediger? Wie sollen sie aber predigen, wenn sie nicht gesandt werden?“ (Rö 10.13-15).

Der hier gekürzte Vortrag wurde gehalten beim IX. Ökumenischen Bekenntniskongress der IKBG, zum Thema „Die Frage nach der Wahrheit und nach Christus im 21. Jahrhundert“. Er ist in voller Länge zu finden unter: www.bibelundbekenntnis.de/videos/jesus-demenz-in-der-christenheit-eine-toedliche-seuche/.

Mit Utopia gegen Freiheit und Christentum *Giuseppe Gracia*

(IDEA) Obwohl es im Westen keine totalitären Regierungen oder Religionsführer gibt wie in anderen Weltregionen, keine vergleichbare Korruption, Armut oder Umweltverschmutzung wie in Afrika, Asien oder im islamischen Raum, nehmen ausgerechnet in Europa und den USA die Proteste gegen Kapitalismus, freien Handel und den Klimawandel zu.

Es gibt einen sicheren Weg, eine gut funktionierende Familie zu ruinieren. Dazu muss man nur nach dem „Prinzip Utopia“ vorgehen. Ich nehme meinen real existierenden Lebenspartner, der zwar liebevoll ist, aber nicht immer, zwar eine Hilfe, aber nicht immer – der also Fehler und Schwächen hat wie jeder Mensch – und vergleiche ihn mit einem idealen Traumpartner. Schon nimmt die Enttäuschung über den realen Partner zu. Das Gleiche mache ich mit meinen Kindern, Geschwistern, Eltern, Freunden.

Verglichen mit Menschen aus der Traumfabrik, mutieren alle realen Menschen zu Sonderlingen, Spießern und Gestörten. Verglichen mit der Utopie einer Familie ohne Abgründe, sind wir alle irgendwie gestört. Der Wunsch nach einer besseren Familie ist nichts anderes als der Wunsch nach einer besseren Menschheit. Wenden wir dieses Prinzip auf die ganze Gesellschaft an, führt dies zu wachsender Empörung über die westliche Kultur. Wir entdecken immer neue Schattenseiten und Ungerechtigkeiten: Imperialismus, Raubtierkapitalismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Islamophobie usw. Jedes real existierende Gesellschaftssystem ist mangelhaft und muss gegen Utopia verlieren. Und der Westen schneidet umso schlechter ab, je mehr man die Realität anderswo auf der Welt ausblendet. Menschenrechte, Wohlstandsniveau, Radikalismus, Klimasünden, Feminismus in islamisch dominierten Ländern? Imperiales Gehabe und Klimasünden in China? Meinungsfreiheit in Russland?

Nein, das darf nicht das Thema sein, denn verglichen mit dem Rest der Welt, würde der Westen relativ gut abschneiden. Es würde sich zeigen: Jüdisch-christliche Werte, Liberalismus und Kapitalismus sind gar keine schlechten Grundlagen, um eine Gesellschaft zu gestalten. Doch ein solcher Realvergleich der Kulturen ist nicht erwünscht. Lieber wird der real existierende Kapitalismus mit einem idealen, theoretischen Sozialismus verglichen statt mit dem real existierenden Sozialismus à la Nordkorea oder Venezuela.

In Europa und den USA leben einige politische Bewegungen davon, den Westen grundlegend infrage zu stellen. Bewegungen, die den medialen und kulturellen Mainstream prägen und Anklageschriften gegen alle möglichen Missstände vortragen. Missstände, die natürlich real sein können, aber gern ins Verdammenswerte überhöht werden durch ideologisch getriebene Narrative von Aktivisten, Politikern, Professoren oder Kulturschaffenden.

Das gelingt umso mehr, je konsequenter das „Utopia-Prinzip“ angewendet wird. Zum Beispiel beim Thema Kapitalismus: Man prangert die Missstände einer liberalen Wirtschaftsordnung an, etwa das Fehlverhalten ausbeutender Arbeitgeber oder global agierende Konzerne. Dabei berücksichtigt man nicht die Vorteile freier Märkte oder des Schutzes von Privateigentum, die Wirkung freien Wettbewerbs auf kreative Forschung, Erfindungen oder Massenwohlstand. Man vergleicht dies nicht mit der Realität in sozialistischen, kommunistischen oder islamischen Ländern. Man fragt nicht, wie es um technischen oder medizinischen Fortschritt, um Massenwohlstand oder individuelle Freiheit in nichtkapitalistischen Ländern bestellt ist. Man versucht nicht zu sehen, welches System für das Leben der Mehrheit besser ist, sondern man vergleicht die Realität der westlichen Gesellschaft mit einer utopischen, von Unrecht und Armut gereinigten Gesellschaft.

Der Westen ist besser als sein Ruf

Das Gleiche beim Thema Rassismus oder Frauenrechte: Man kämpft gegen Rassisten oder Sexisten und blendet aus, dass es im Westen, weltweit gesehen, mit Abstand am wenigsten Rassismus und Sexismus gibt. Und beim Thema Klimawandel vergleicht man die westlichen Umweltstandards nicht mit den Standards in China, Indien oder Russland. Sondern man fragt: Wie lange dauert es, bis Europa und die USA emissionsfrei sind? Dabei dominiert eine sogenannte

„Non-Human-Perspective“. Das bedeutet: Man beurteilt die Auswirkungen der Menschheit auf die Umwelt nach dem utopischen Ideal einer Umwelt ohne Menschen und ihre Maschinen.

Man fragt nicht: Wie viele Jobs, wie viel Gesundheit und Schutz gegen Kälte und Sturm bringen geheizte Häuser in Entwicklungsländern? Wie viele Millionen von Leben werden gerettet, wie viel Grundversorgung und Sicherheit geleistet durch die Energiewirtschaft seit Beginn der industriellen Revolution? Wie groß ist der medizinische Fortschritt seit Entstehung der chemischen Industrie? Das interessiert nicht, sondern man fragt stattdessen: Wie wäre es, wenn alle diese Technologien und Umweltbelastungen nicht wären? Ginge es dem Wald, dem Meer und allen Tieren nicht besser? Und letztlich: Können wir nicht so leben, als wären wir gar nicht da, damit der Planet seine Ruhe hat?

Auch hier also die Utopie eines unberührten Paradieses für Tier und Umwelt ohne die Zumutungen realmenschlicher Zivilisation, die im Grunde verachtet wird. Der Glaube an Freiheit und Selbstverantwortung, an die Gestaltungskraft des Einzelnen scheint bereits so schwach, dass sich viele nicht mehr an aufklärerischen Werten wie der Mündigkeit des Menschen orientieren, sondern auf die Programme eines mit Experten ausgestatteten Nanny States (Kindermädchen-Staat) setzen, der das Management unserer Gesundheit übernimmt, unserer Kollektivmoral, unserer Umwelt und Gruppenidentität, eingeteilt nach Herkunft, Hautfarbe und gefühltem Gender-Status.

Was Christen tun können

Es stellt sich die Frage, was liberale und christliche Kreise in dieser Stimmung des Freiheitspessimismus tun können. Bislang fällt auf, dass es in großen öffentlichen Foren nur wenig Widerstand dagegen gibt. Liberale wie christliche Akteure, aber auch große Unternehmen wirken eher opportunistisch und suchen im öffentlichen Raum Zuflucht in nobler Zurückhaltung. Wie könnten sie öffentlich mehr Überzeugungskraft gewinnen? Vielleicht würde es helfen, konsequent die Utopia-Methode als argumentativen Taschenspielertrick zu entlarven, immer und immer wieder.

Politik darf nicht an Utopien gemessen und vom Standpunkt einer Wunschmenschheit aus beurteilt werden. Vielmehr soll Politik mit der potenziellen Größe und den potenziellen Abgründen des realen Menschen rechnen und ihm bestmöglich dienen. Auf Leidenschaft und Engagement kann natürlich nicht verzichtet werden. Doch auch

Leidenschaft und moralische Überzeugungen benötigen Bodenhaftung. Dazu gehört, mit der Politik nicht den Himmel auf Erden zu versprechen, wie es totalitäre Regime tun.

Für Christen wäre es also wichtig zu betonen: Utopien haben in der Politik nichts zu suchen. Heilsversprechen einer besseren Welt gehören in die Religion, und das Christentum bietet diese Botschaft durch die Liebe Gottes. Im Reich der Politik braucht es vor allem einen neuen Realismus, der die westliche Kultur fair beurteilt. Winston Churchill hat einmal gesagt: „Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, abgesehen von allen anderen.“ Das ist ein brauchbarer Ansatz, um die Errungenschaften der westlichen Kultur zu verteidigen: Liberalismus und Kapitalismus sind die schlechtesten Systeme, um eine Gesellschaft zu gestalten, abgesehen von allen anderen.

Giuseppe Gracia ist Schriftsteller. Sein Buch „Die Utopia Methode“ (Fontis Verlag) beleuchtet die Gefahren utopischer Politik.

Matić-Bericht - Recht auf Abtreibung?

Das EU-Parlament hat am 24.6.2021 den „Matić-Bericht“ angenommen und damit die Forderung, das Recht auf Abtreibung als Menschenrecht anzuerkennen (www.lgm-info.de ⇒ Info-Briefe ⇒ 2021-3). Wie dringend eine Reaktion unserer Kirche wäre, macht der Brief des Ersten Obmannes der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der luth. Kirche, Pfr. Detlev Graf v. der Pahlen, an den Bayer. Landesbischof vom 4.8.2021 deutlich. Wegen der nach wie vor großen Aktualität des Themas drucken wir ihn aus dem Magazin CA – Confessio Augustana III 2022 nach:

Sehr geehrter Herr Landesbischof Bedford-Strohm, mit großer Bestürzung und Trauer haben wir gelesen, dass das EU-Parlament den "Matić-Bericht" mehrheitlich angenommen hat, in dem auch ein Recht auf Abtreibung als selbstverständlich vorausgesetzt ist (z.B. S. 36). Die sexuelle Selbstbestimmung der Frau darf aber doch nicht dahinführen, dass dem Kind im Mutterleib ein Persönlichkeitsrecht de facto abgesprochen wird und es zur Verfügungsmasse der schwangeren Frau bzw. der Eltern wird. - Die Empfehlungen des Berichtes sollen in allen 27 EU-Staaten Gesetzeskraft bekommen.

Unsere Fragen:

- Ist nicht kirchlicherseits zu dem Mati ć-Bericht eine Stellungnahme unausweichlich?

Der Matic-Bericht behandelt die unterschiedlichsten Probleme, u.a. Gesundheit, Hygienemaßnahmen, Schwangerschaft, bis hin zum Thema Wasser, und dann eben auch Abtreibung. Ob sie überhaupt zu rechtfertigen ist, wird gar nicht diskutiert, sondern diskussionslos vorausgesetzt. - Nicht zufällig hat Papst Franziskus ungewöhnlich scharf vor kurzem Abtreibung als Auftragsmord bezeichnet. - Wegen der überbordenden Themenfülle wirkt der Bericht geradezu als Verschleierungspapier.

- Wollen sich die evangelischen Landeskirchen in Deutschland und auch die Evang.-Luth. Kirche in Bayern nur durch ein beredtes Schweigen äußern, d.h. zustimmen?
- Steht nicht die ELKB mit der auf ihr lastenden „Rosenheimer Erklärung“ besonders vor der Notwendigkeit eines klärenden Wortes zu Abtreibung? Auf ein Wort aus den EKD- Kirchen wird man schon wegen der Abstimmungsschwierigkeiten nicht setzen wollen. Es geht dabei in Wirklichkeit auch um wesentliche Verfassungsfragen wie z.B. um das Recht auf Leben, um Menschenrechte, um Einschränkung der Religionsfreiheit, um Gewissensschutz, den Luther unter Einsatz seines Lebens mutig vertreten hat.
- Wollen wir u.a. den Gewissensschutz nicht nur für Ärzte/Ärztinnen ohne Widerspruch aufgeben?

Es geht um verfassungswidriges und menschenrechtswidriges Ansinnen des Europaparlaments und nicht zuletzt um die Frage der Religionsfreiheit. Im 500. Jahr nach dem Auftreten Luthers in Worms müsste kirchlicherseits eine Stellungnahme, die auf der Grundlage von Schrift und Bekenntnis basiert, erfolgen, sonst wäre Luther umsonst in Worms - sein eigenes Leben riskierend - erschienen und hätte umsonst gesagt: „Wenn ich nicht überwunden werde durch die Zeugnisse der Schrift oder durch die evidenten Vernunftgründe, bin ich durch die von mir herangezogenen Schriftstellen besiegt, und das Gewissen ist im Wort Gottes gefangen, ... “ (Klaus-Rüdiger Mai, "Und wenn die Welt voll Teufel wär", S. 302). Die Röm.-kath. Kirche, verschiedene orthodoxe Kirchen und die Selbständige Evang.-lutherische Kirche haben sich schon kritisch zu Wort gemeldet. Werden nicht - nach offizieller Statistik - jährlich in Deutschland mehr als 100.000 Kinder im Mutterleib zerstückelt, willkürlich umgebracht? Sind die Kinder im Mutterleib etwa lebensunwertes Leben?

- Kirchliches Schweigen zum Matic'-Bericht erhöht die ernste Gefahr, dass noch mehr ernsthafte konservative evangelische Christen, die die große Mehrheit aller Gottesdienstteilnehmer sonntäglich in Deutschland bilden, sich der Kirche weiter entfremden, sich in ihren Kirchen nicht mehr zu Hause fühlen oder sogar aus ihrer Kirche austreten. Das kann ja wohl nicht der Wille der Evang.- Luth. Kirche in Bayern sein!
- Ist es nicht die Gelegenheit, die so furchtbare „Rosenheimer Erklärung“ in die Ferne zu rücken - aufgrund der Wirkung dieses Papier am besten die Rosenheimer Erklärung zu stornieren?
 - Sie hat Abtreibung sozusagen religionsverträglich gemacht.
 - Rechtsverträglich machte sie der Gesetzgeber (Straftat wird straf-frei), wobei kirchlicherseits dabei entschieden und praktisch Hilfe geleistet wird (Schein-Erlaubnis /Erlaubnis-Schein).
 - Gesundheitsverträglich muss sie mehr und mehr nach dem Matic'-Bericht werden.

Nach dem August 2021 behalten wir uns bei ausbleibender Reaktion vor, diesen Brief einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In Ihrem Buch "Position beziehen (Claudius 2013)" schreiben Sie, sehr geehrter Herr Landesbischof, die Kirchen müssten "ein klares Wort der Kritik" (S. 9) sprechen, wo die politisch Verantwortlichen dem "Schutz des Lebens [...] entgegenarbeiten". Auf Seite 52 sagen Sie zur Aufgabe der Kirchen weiterhin:

"Prophetisches Reden hat dann die Funktion, jedenfalls auf den moralischen Skandal hinzuweisen, ihm Aufmerksamkeit zu verschaffen und auch mitzuhelfen, dass intensivere Anstrengungen zu seiner Überwindung übernommen werden."

Nutzen Sie die Gelegenheit zu dem von Ihnen geforderten "klaren Wort der Kritik". Sie können es tun im Schutz der der Kirche geschenkten Einsicht: "Abtreibung soll nach Gottes Willen nicht sein!" Dahinter braucht man nicht mehr zurückzubleiben.

Einen größeren "moralischen Skandal", als dass in diesem Land ein Drittel der Schwangerschaften nicht mit der Geburt, sondern durch Abtreibung enden, dürfte es kaum geben. Folgeskandale sind

- das Schweigen der Kirchen, besonders der evangelischen,
- die Problembewältigung in der breiten Öffentlichkeit durch Verdrängung, besonders durch Totschweigen in den Medien,
- die Diffamierung von Lebensschützern als rechtsradikal.

Auch wenn gegenwärtig die Chancen, eine Änderung der Gesetzeslage herbeizuführen, gering sein sollten, gibt es doch die Möglichkeit, publizistisch auf das gesellschaftliche Bewusstsein und Gewissen einzuwirken. Ist es nicht ein Skandal, dass etlichen Zeitgenossen Abtreiben und Austragen als gleichwertige Alternativen erscheinen? Hier ist eine moralische Instanz und Bildungseinrichtung wie die Kirche genügend gefordert.

Konkret möchten wir Sie auch bitten, das Thema in kirchlichen Gremien wachzuhalten, und noch konkreter, in Berlin den "Marsch für das Leben", an dem sich inzwischen Tausende von Menschen beteiligen, und ähnliche Veranstaltungen anderswo moralisch durch ermutigende Grußworte und Beteiligung zu unterstützen.

Deswegen beten wir: Du, unser Schöpfer, hast uns wunderbarerweise gebildet im Mutterleib (Ps 139,13). Wir danken Dir dafür! Bewahre Kinder im embryonalen Stadium davor, im Mutterleib zerstückelt zu werden. Gib den schwangeren Müttern und den dazugehörigen Vätern, die sie zeugen, den Mut, die Kinder anzunehmen und zu bejahen! Denn Du bejahst das Leben und alle Kinder. Gib in allen Völkern Frauen und Männern den Mut, den schwangeren Frauen geistlich, geistig, seelisch und materiell beizustehen, und zwar auch dann, wenn die Kinder außerehelich gezeugt wurden und sich Eltern nur schweren Herzens durchringen, sie liebevoll anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen und mit besten Segenswünschen

Detlev Graf von der Pahlen, Pfr.- *Erster Obmann der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der luth. Kirche.*

Ein entscheidendes Jahr für den Lebensschutz

IDEA-Redakteur David Wengenroth

Vor unser aller Augen geschieht etwas Ungeheuerliches: Eine amtierende Bundesministerin ruft öffentlich dazu auf, die Verfassung zu missachten. Die grüne Familienministerin Lisa Paus (Grüne) spricht in diesen Tagen in jedes Reportermikrofon hinein, der Abtreibungsparagraph 218 StGB müsse abgeschafft werden. Dabei gehe es „um das Menschenrecht auf reproduktive Selbstbestimmung und um das Recht von Frauen, über ihren Körper zu entscheiden“, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Damit widerspricht Paus der klaren Feststellung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1993, dass das Grundgesetz den Staat zum Schutz des ungeborenen Lebens verpflichtet.

Mit anderen Worten: Der Ministerin sind die Vorgaben der Verfassung, auf die sie vereidigt worden ist, völlig gleichgültig.

Ein „Dambruch“

Die Aussagen der Ministerin machen deutlich, dass 2023 ein entscheidendes Jahr für den Lebensschutz wird. Paus und ihre grün-roten Mitstreiter wollen nicht weniger als einen grundlegenden Wandel in unserem Recht und unserer Kultur. Die CSU-Politikerin Dorothee Bär spricht treffend von einem „Dambruch“: Ungeborene Kinder sollen künftig im Namen einer unbegrenzten Selbstbestimmung wie bloße „Zellklumpen“ behandelt werden können.

Das Vorhaben widerspricht nicht nur der christlichen Überzeugung, dass jeder ungeborene Mensch von Gott gewollt und mit einer unverlierbaren Würde ausgestattet ist. Auch Nichtchristen, denen an den fundamentalen Werten unserer Gesellschaft gelegen ist, widersprechen dieser zynischen, lebensfeindlichen Logik.

Was Sie tun können

Für die völlige Abschaffung des Lebensschutzes gibt es weder in der Bevölkerung noch im Parlament eine Mehrheit. Doch das wird Paus und Co. nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Nach ihrem Kalkül könnte ein geschwächter Koalitionspartner FDP seinen Widerstand gegen die Abschaffung des Paragraphen 218 StGB am Ende doch aufgeben. Damit diese Rechnung nicht aufgeht, ist das öffentliche Eintreten für den Lebensschutz in den kommenden Monaten wichtiger denn je.

Widersprechen Sie der Ministerin in Leserbriefen! Schreiben Sie Ihrem Bundestagsabgeordneten, dass der Lebensschutz nicht ausgehöhlt werden darf! Am 16. September findet der diesjährige Marsch für das Leben in Berlin statt. Auch wenn Sie noch nie an dieser Lebensrechtskundgebung teilgenommen haben: Notieren Sie sich diesen Termin! In diesem Jahr sollten Sie hingehen.

Ist „gleich“ immer auch „gerecht“? *Bolko v. Bonin*

Im öffentlichen Diskurs entsteht der Eindruck, dass Gleichheit und Gerechtigkeit die zwei Seiten derselben Medaille sind.

Gerechtigkeit und Gleichheit sind aber verschiedene, vielschichtige Sachverhalte, zu denen es viele philosophische Traktate und ideologische Sichtweisen gibt. Hier soll nur die in der Überschrift genannte Frage erörtert werden, die in den - auch kirchlichen - Echokammern kontrovers und emotional diskutiert wird.

Gleichheit ist ein ambivalenter Wert: wer möchte schon „gleich arm“ oder „gleich krank“ sein? Andererseits untermauert die *Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz* die Gerechtigkeit, und wurde deshalb zum Menschenrecht erklärt. Jedoch können auch Gesetze sehr ungerecht sein, wie die Geschichte zeigt und die Älteren selbst noch erlebt haben. Testen wir, ob „gleich“ immer auch „gerecht“ ist, am Beispiel der mit Gerechtigkeit begründeten Forderung nach *materieller Gleichheit*:

- Menschen unterscheiden sich in ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten, ihrem Charakter, ihrer Leistungsbereitschaft, ihrem Erscheinungsbild, ihren Interessen und ihrer Lebensweise.
- Das Ziel materieller Gleichheit kollidiert mit dem hohen Wert persönlicher Freiheit, das eigene Potential selbstbestimmt einzusetzen – z.B. für materielle oder ideelle Ziele. Menschen in ein Schema zu pressen ist widernatürlich und wird ihrer Würde nicht gerecht.
- Unterschiedliche materielle Anerkennung unterschiedlicher Leistungen - wozu auch die Übernahme von Verantwortung gehört – fördert die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand aller.
- Materielle Gleichheit lässt sich nur mit Staatsgewalt und massiven Menschenrechtsverletzungen durchsetzen. Beispiele sind die Sowjetdiktaturen, die großes Leid verursacht haben und gescheitert sind.

Zu unterscheiden von der Forderung nach *materieller Gleichheit* ist das Ringen der Gewerkschaften um die Teilhabe der Arbeitnehmer am gemeinsam erarbeiteten Gewinn.

Die Forderung nach materieller Gleichheit ist offensichtlich nicht kompatibel mit den individuellen Fähigkeiten und Wünschen.

So findet die Forderung nach materieller Gleichheit auch in der Bibel keine Unterstützung. Christus sagt in der Bergpredigt, dass gerecht sind, *die den Willen tun meines Vaters im Himmel* (Mt 7,21). Gottes Gebote betreffen außer dem Verhältnis zu Gott soziale Bezüge (du sollst nicht töten, ehebrechen, stehlen usw.). Auch Unterdrückte und Schwache werden in den Blick genommen wie z.B. Psalm 82 zeigt: *„Wie lange wollt ihr unrecht richten und die Frevler vorziehen? Schafft Recht dem Armen und der Waise [...] und erlöst ihn aus der Gewalt der Frevler“* (V. 2-4). Hier wird aber nicht beklagt, dass die Menschen arm sind, sondern dass ihnen durch Unterdrückung und bestochene Richter Unrecht geschieht (vgl. Am 5, Jes 58,6-8). Obwohl also arm oder reich mehr noch als heute die Lebenschancen bestimmten, wird materielle Gleichheit nicht gefordert. Schwere Schicksale und Risiken

werden jedoch durch Gottes Weisung abgefedert: „[...] *Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst*“ (Lev 19,18). Christus bezeichnete die Nächstenliebe als höchstes, der Gottesliebe gleiches Gebot und sagte „*In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten*“ (Mt 22,38-40).

Wie kommt es dennoch zu der eingangs erwähnten Ansicht, dass materielle Gleichheit eine Frage der Gerechtigkeit sei?

Unter dem medial angeheizten Ruf nach „sozialer Gerechtigkeit“ verfestigt sich die Vorstellung, dass Gleichheit von Einkommen und Vermögen gerecht und daher durch Umverteilung anzustreben sei. Da sich niemand vorwerfen lassen will, unsozial und ungerecht zu sein, wird dieses wirkmächtige Schlagwort kaum öffentlich hinterfragt, obwohl es inhaltlich nebulös ist und interessengeleitet instrumentalisiert wird (siehe www.lgm-info.de ⇒ Info-Briefe ⇒ 2019-3 ⇒ Soziale Gerechtigkeit – was ist .gerecht?).

Es ist irreführend, materielle *Ergebnisgleichheit* als gerecht zu propagieren. Ganz anders zu beurteilen ist dagegen *Chancengleichheit*, durch die Wohlstand geschaffen wird, statt diesen nur zu verteilen. Gesellschaftliche und besonders christliche Pflicht ist es dabei jedoch, denen zu helfen, die unverschuldet in Not geraten oder nicht in der Lage sind, Chancen zu nutzen wie z.B. Behinderte, Mütter von Kindern jünger als drei Jahre, pflegende Angehörige, Schwerkranke.

Nachrichten

Glaube, Bibel und Bekenntnis

Christen müssen über Sünde reden

(IDEA) – Christliche Gemeinden müssen sich mit dem Thema Sünde beschäftigen. Diese Ansicht vertritt der Theologe Martin P. Grünholz in einem Interview mit IDEA. Er ist Dozent für Systematische Theologie an der Biblisch-Theologischen Akademie Wiedenest, Projektleiter der christlichen Mediathek „offen.bar“ und Mitglied der Fortsetzungsgruppe (Leitung) des Netzwerks Bibel und Bekenntnis.

Vielen Christen falle es heute schwer, über dieses Thema zu reden, erklärte Grünholz. Die Lehre des Evangeliums sei aber untrennbar mit der Lehre von der Sünde verbunden. Dabei gehe es nicht darum, einzelne Taten in den Vordergrund zu stellen; Sünde sei in erster Linie ein Begriff für die gestörte Beziehung des Menschen zu Gott. Sie führe zu einem Gefühl von innerer Zerrissenheit und Ohnmacht angesichts

der Ungerechtigkeiten in der Welt. Diese existenzielle Erfahrung machten auch Menschen, die keinen christlichen Hintergrund haben. Sie wüssten aber häufig nicht die Ursache.

Durch das Reden von der Sünde könnten christliche Gemeinden dieses weit verbreitete Lebensgefühl aufgreifen. Nur dann könnten sie auch die Bedeutung des christlichen Glaubens verständlich machen. „Nur wenn der Mensch erkennt, wie zerbrochen er ist, kann er die Bedeutung des Evangeliums ermessen: Da Jesus Christus am Kreuz stellvertretend für die Sünde gestorben ist, ist die Botschaft des Evangeliums, dass wir nicht bei Hoffnungslosigkeit und Orientierungslosigkeit stehenbleiben müssen.“

Warum es höchste Zeit ist, auf Gott zu hören

(IDEA) – Die Kirchen in Deutschland schrumpfen, weil sie sich vom Wort Gottes entfernt haben. Sie werden deshalb als Gericht Gottes „in ihre Schranken verwiesen“. Diese Ansicht vertrat der Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, beim Eröffnungsfest des neuen Missionshauses der Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK) am 17.9.2022 im mittelhessischen Schöffengrund-Schwalbach bei Wetzlar. In seiner Predigt vor rund 400 Besuchern über den Bibelvers „O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort“ (Jer 22,29) erinnerte er daran, dass 1970 noch 90% aller Einwohner Deutschlands evangelisch oder katholisch waren. Heute sind es weniger als 50%. Latzel: „Menschen, die ohne Gott leben, sind heute in der Mehrheit.“ Viele Menschen träten wegen der Fälle von sexuellem Missbrauch, finanzieller Verschwendung, politischer Stellungnahmen oder der Akzeptanz der Homo-Ehe aus der Kirche aus. Dieser Trend könne nur aufgehalten werden, wenn die Kirche zum Wort Gottes zurückkehre.

Kirche

Reaktionen auf EKD-Synode: Spott, Kritik, Kopfschütteln

(IDEA) – Verstörend, erschreckend, parteipolitisch einseitig: Die Kritik an der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) reißt nicht ab. Die Synodalen haben auf ihrer Tagung im November 2022 in Magdeburg ein „Tempolimit in der evang. Kirche“ für geboten erachtet. Ferner hatte eine Sprecherin der bewusst Gesetze brechenden Gruppe „Letzte Generation“, Aimée van Baalen auf Einladung des Synodenpräsidiums gesprochen. Ihre Ausführungen waren von vielen EKD-Synodalen mit Applaus quittiert worden.

Am Rande der EKD-Synode hatte die Präses der EKD-Synode Anna-Nicole Heinrich vor Journalisten erklärt, Straßenblockaden seien ein legitimes Mittel des zivilen Widerstandes von Klimaaktivisten. An die Gruppe gerichtet sagte sie: „Wir solidarisieren uns mit euch.“

Einsatz für den Klimaschutz nur im Rahmen der Gesetze

Pfr. Friedemann Kuttler – Sprecher der gemäßigt konservativen EKD-Synodalgruppe „Lebendige Kirche“ – erklärte, in der Synode habe ihm eine kritische Auseinandersetzung mit dem Auftritt der Aktivistin gefehlt. Eine Solidarisierung mit der „Letzten Generation“ gehe in die falsche Richtung, da auch ein Einsatz für den Klimaschutz im Rahmen der Gesetze erfolgen müsse.

Die Auswirkung der Synodentagung ist fatal.

Der evang. Pfarrer David Brunner äußerte sich zum beschlossenen Tempolimit. Demzufolge solle „bei allen PKW-Fahrten im kirchlichen Kontext ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Landstraßen“ eingehalten werden. „Es ist verstörend und erschreckend, wie sich die Synode der EKD politisch äußert, aber das Evangelium dabei außen vorlässt.“ Damit gebe sich die Kirche immer mehr selbst auf und verkenne ihr Alleinstellungsmerkmal: „Dies gründet einzig und allein im stellvertretenden Sühnetod Jesu für die Menschen.“ Die Volkskirche habe kein finanzielles, sondern ein geistliches Problem. Die Auswirkung der Synodentagung sei fatal.

Die EKD schafft sich selber ab

Der Chefredakteur der „Welt“-Gruppe Ulf Poschardt, äußerte in einem Videointerview auf welt.de, dass die EKD sich mit solchen Entscheidungen selber abschaffe. Viele Menschen hätten Fragen nach dem Sinn des Lebens. Yogastudios und Esoterikveranstaltungen seien deswegen stark nachgefragt. Aber die evangelische Kirche habe „null Komma null dazu anzubieten“ und plappere stattdessen das nach, was bei den Grünen, in der ZEIT und im WDR als Zeitgeistthemen referiert werde. Das treibe alle Menschen aus der Kirche, die davon überzeugt seien, dass man andere nicht erpressen und nötigen dürfe.

Hat die EKD jemals Lebensschützer so empfangen?

Der Journalist Ralf Schuler äußerte auf der Plattform „Pleiteticker“, „Es ist nicht bekannt, dass etwa Lebensschützer, die sich gegen die Abtreibung von Embryos engagieren, jemals so von der EKD empfangen wurden.“

Es sei „selbst oder gerade für tiefgläubige Christen (wie mich) an der Zeit darüber nachzudenken, der GmbH Kirche nicht doch mal den Dauerauftrag für Propaganda, statt Predigt zu kündigen und ihre Dienstkarossen auf Tempo Null zu setzen“.

Ein abgrundtiefer Irrweg

Der Biologe und Lamentheologe Dr. Markus Till schrieb auf Twitter, mit der „offenen Befürwortung von Gesetzesbruch zur Durchsetzung politischer Ziele im Verbund mit völlig glaubensfernen Organisationen hat die EKD leider einen abgrundtiefen Irrweg eingeschlagen“.

... die evang. Kirche verlassen?

Der Bochumer Theologieprofessor Günter Thomas schrieb in einem offenen Brief an die Präses der Synode, er habe den Eindruck, „nicht mehr in die Kirche zu passen, die Sie und die Synode mit großer Überzeugung repräsentieren wollen“. Deshalb bitte er um Antwort, wie er sich vor dem Hintergrund von Solidarisierung und Tempolimit-Beschluss verhalten solle: „Soll ich einfach schweigen? Soll ich mich irgendwie fügen und unterordnen? Legen Sie mir nahe, die Evangelische Kirche zu verlassen?“ Diese Fragen stellten sich „auch so manchem ähnlich denkenden Mitchristen“

Zwischenruf von IDEA-Redakteur David Wengenroth

Deutlicher ist die Hilflosigkeit einer Kirche, die ihre missionarische Kraft verloren hat, nie formuliert worden. Die Kirche der Reformation als PR-Agentur der Klima-Radikalen von „Extinction Rebellion“ – das ist eine wahrhaft niederschmetternde Zukunftsvision. Oder ist es schon eine Beschreibung der Gegenwart? Oft hat man den Eindruck, ein großer Teil der Kirche versteht sich nur noch als eine Art Greenpeace mit Gesangbuch. Und merkt nicht, dass die Kirche auf diese Weise so überflüssig wird wie ein festgeklebter Aktivist im Museum.

Kandidaten für die Wahl zum Bayer. Landesbischof am 27.3.2023

(div) - Für das Bischofsamt wurden 26 Vorschläge beim Wahlvorbereitungsausschuss **eingereicht**. Dieser hat vier Kandidaten ausgewählt:

Dr. Gabriele Hoerschelmann (54) ist Direktorin von „Mission EineWelt“ (Neuendettelsau) und unterstützt Entwicklungszusammenarbeit. Sie steht dafür, dass Kirche auch zu politischen Fragen Stellung bezieht, etwa in der Flüchtlingsfrage, bei Atomkraft und dem Lieferkettengesetz. Sie gehört seit 2020 als berufenes Mitglied der Landessynode an und dort zum links-liberalen Arbeitskreis „Offene Kirche“.

Christian Kopp (58) ist seit 2019 Regionalbischof im Kirchenkreis München und Oberbayern sowie Mitglied im Landeskirchenrat.

Nach dem Vikariat in Nürnberg war er Pfarrer in Ingolstadt. Er war Gemeinde- und Hochschulpfarrer in Nürnberg und später dort Dekan mit Schwerpunkt interreligiöser Dialog. Kopp gilt als erfahrener Kommunikator.

Dr. Nina Lubomierski (47) leitet seit 2020 das Dekanat in Landshut und ist Stellvertreterin des Regionalbischofs für den Kirchenkreis Regensburg. Nach ihrem Vikariat in Würzburg war sie unter anderem dort Religionslehrerin und danach Pfarrerin in der Altenheimseelsorge im Dekanatsbezirk Landshut. Seit 2020 gehört sie der Landessynode an und dort zur Mitte-Gruppe „Dritter Arbeitskreis“.

Klaus Schlicker (56) ist Dekan (Windsbach). Er gilt als zielstrebig, bedächtig, bescheiden und pragmatisch. Der geistliche Gemeindeaufbau liegt ihm besonders am Herzen. Seit 2020 ist er Mitglied der Landessynode und gehört dem Landessynodalausschuss an, einem der vier kirchenleitenden Organe. Schlicker gilt innerhalb des Kirchenparlaments als sehr gut vernetzt. Er ist einer der beiden Sprecher des theologisch konservativen Arbeitskreises „Gemeinde unterwegs“.

Christenverfolgung

Politik interessiert sich nicht für Christenverfolgung

(IDEA) – Beim Eröffnungsfest des neuen Missionshauses der Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK) am 17.9.2022 wies Pfr. Olaf Latzel darauf hin, dass weltweit Christen allein um ihres Glaubens willen verfolgt werden. Viele Betroffene würden durch das Hilfswerk unterstützt, das 1969 vom rumänischen Pastor Richard Wurmbrand (1909–2001) gegründet wurde. Er sei 14 Jahre lang von den kommunistischen Mächten genommen habe. Nach seiner Freilassung habe er anderen Christen in ähnlicher Lage helfen wollen. Latzel bedauerte, dass Christenverfolgung in der Politik kaum aufgegriffen werde: „Um jeden Schmetterling ... kümmert man sich, aber bei der Christenverfolgung wird geschwiegen.“ Drei internationale Gäste berichteten über die bedrückende Situation der Christen in Afghanistan, Nigeria und Nordkorea.

Kaum Christen in Afghanistan

Der Direktor des britischen Missionsseminars „All Nations“ in London, Andy Dipper, hat 26 Jahre lang in Afghanistan gelebt.

Wie er sagte, gibt es in dem Land laut International Christian Concern (ICC) zwischen 15.000 und 20.000 Christen. Sie könnten sich nur in Kleingruppen im Untergrund versammeln. Doch es würden immer mehr: „Die Gemeinde Jesu in Afghanistan wächst.“

Nicht nur seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 sei das Land in einer Krise. Das Bankensystem sei zusammengebrochen, es gebe kaum Arbeit. Zusätzlich habe es innerhalb eines Jahres zwei schwere Erdbeben geben. Die Hälfte der Bevölkerung leide Hunger. Doch vor allem unter den 3,5 Millionen Binnenflüchtlingen kämen Menschen zum Glauben an Jesus Christus, weil sie in den von Christen mitbetreuten Flüchtlingslagern von deren Hilfsbereitschaft und Liebe beeindruckt seien. Dipper rief dazu auf, sich auch in Deutschland um die hier lebenden Flüchtlinge zu kümmern.

Nigeria: Muslime wollen den Einfluss der Christen zurückdrängen

Der katholische Theologe Prof. Obiora Ike bezeichnete sein Heimatland Nigeria als das weltweit gefährlichste Land der Welt für Christen. Manche Muslime wollten mit Gewalt den Einfluss der Christen zurückdrängen: „Wir werden getötet, weil wir Schulen und Krankenhäuser bauen und Liebe praktizieren.“ Doch dieser Terror führe nur dazu, dass sich Menschen dem Christentum zuwendeten.

Wie er weiter ausführte, sind unter den 244.000 Strafgefangenen in Nigeria 80% Christen. Die meisten von ihnen säßen zu Unrecht im Gefängnis. Muslime säßen in den Behörden, bei der Polizei und dem Militär an der Spitze und diskriminierten systematisch Christen. Ihm zufolge können die Gefangenen aber in der Regel freigekauft werden: „Ihre Freilassung kostet umgerechnet etwa 300 Euro pro Person.“ Das sei gut angelegtes Geld.

Nordkorea: Glaube der Christen ist allein auf die Bibel gegründet

Über die Lage in Nordkorea berichtete der Leiter des Hilfswerks „Stimme der Märtyrer“ in Südkorea, Eric Foley (Seoul). Korea sei das einzige Land weltweit, in dem die Menschen schon die Bibel gehabt hätten, bevor der erste Missionar ins Land gekommen sei. Ein in China an der Grenze zu Korea tätiger Missionar habe um 1880 Kaufleute aus Korea gebeten, die Bibel zu übersetzen. Sie hätten dann auch etwa 15.000 Exemplare in dem hermetisch abgeschirmten Land verbreitet. Viele Menschen seien allein durch die Lektüre Christen geworden.

Für volle Rechte von Christen im Nahen und Mittleren Osten

(IDEA) – Das Europaparlament hat mehrheitlich dafür plädiert, religiösen und ethnischen Minderheiten in den Ländern des Mittleren und Nahen Osten, darunter Christen, die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Rechte und Freiheiten zu garantieren. Die Initiative dazu ging von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) aus. Sie brachte einen entsprechenden Änderungsantrag zu einer Entschließung ein, in der es um die Förderung von regionaler Stabilität und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten geht.

Wie die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion mitteilte, war es ihr wichtig, darauf hinzuweisen, dass in den dortigen Staaten Minderheiten wie etwa Christen nach wie vor verfolgt werden. Von der CDU/CSU stimmten alle 24 anwesenden EU-Parlamentarier für den Antrag. Zustimmung gab es auch von Bündnis 90/Die Grünen (21), der FDP (4) und der AfD (9). Von den deutschen SPD-Abgeordneten gab es zwei Ja-Stimmen und 13 Enthaltungen. Vier Abgeordnete der Linkspartei enthielten sich ebenfalls der Stimme.

Kampf für ungeborene Kinder

Externer Druck ist oft Ursache für Schwangerschaftskonflikte

(IDEA) – Der meistgenannte Grund für Schwangerschaftskonflikte sind laut einer Studie Probleme in der Partnerschaft. Das gaben über 40% der betroffenen Frauen als Hauptgrund für den Konflikt an. Es folgen biografische Gründe (19,7%) und Überforderung (15,9%). Materielle Sorgen gaben nur 5,3% als Hauptgrund an. Zu diesem Ergebnis kommt der Arzt Florian Dienerowitz, der 1.800 Gesprächsprotokolle der 24-Stunden-Telefonberatungsstelle vitaL aus den Jahren 2012 bis 2018 ausgewertet hat. Rund 2/3 dieser Beratungsgespräche fanden mit den betroffenen Frauen statt, rd. 13% mit den Kindsvätern und die restlichen mit weiteren Angehörigen. Deutlich wurde dabei, dass sehr viele Frauen äußeren Einflussfaktoren ausgesetzt seien. Das Bild einer selbstbestimmten Entscheidung der Frau erweise sich häufig als unrealistisch.

Der Einfluss der Väter ist enorm

Besonders die Ablehnung der Schwangerschaft durch den Kindsvater reiche von einem „Ich will das Kind nicht“ bis zur Androhung von Trennung oder sogar Gewalt. Es kämen aber regelmäßig auch gegenteilige Fälle vor. „Manche der männlichen Anrufer baten um Hilfe, weil sie nicht wollten, dass die Mutter das Kind abtreiben lässt.“

Mehr Hilfen für ungewollt Schwangere

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass viele Frauen – abgesehen von finanzieller Unterstützung - Ermutigung von außen bräuchten, dass sie es mit dem Kind schaffen könnten. Diese fehle ihnen in ihrem persönlichen Umfeld.

Das Strafrecht schützt Mutter und Kind

In den 90er Jahren habe man in Deutschland versucht, den Lebensschutz durch „Hilfe statt Strafe“ zu verbessern. Heute gehe der Trend dahin, Strafen durch ein „Recht auf Abtreibung“ zu ersetzen. Dies sei kritisch zu sehen, denn eine weitere Liberalisierung würde das Druck ausübende Umfeld der Frau stärken: Das prinzipielle Verbot von Abtreibungen diene nicht nur dem ungeborenen Kind, sondern sei auch ein Schutzargument für viele Frauen im Schwangerschaftskonflikt, weil sich eine Schwangere darauf berufen kann, dass Abtreibung in Deutschland verboten sei.

Ein vollständiger Verzicht auf das Strafrecht und uneingeschränkte Selbstbestimmung seien fragwürdig, wenn man der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts folge, das mehrfach dem Ungeborenen Menschenwürde und das Recht auf Leben zugesprochen habe. Mann und Frau seien konsequenterweise nur vor einem einvernehmlichen Geschlechtsakt selbstbestimmt und müssten bedenken, dass auch trotz Verhütung ein Kind entstehen kann, für das dann beide Verantwortung zu übernehmen haben.

§ 218 StGB: Bayern würde gegen eine Streichung klagen

(IDEA) – Die bayerische Staatsregierung würde gegen eine Streichung des Abtreibungsparagrafen 218 aus dem Strafgesetzbuch vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Das kündigte die bayerische Familien- und Frauenministerin Ulrike Scharf (CSU) in einer Pressemitteilung an.

Hintergrund: Gemäß Paragraf 218 StGB ist eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) hat sich für eine Abschaffung der Vorschrift ausgesprochen. Sie stigmatisiere Schwangere und verletze ihr Selbstbestimmungsrecht.

Scharf erklärte in der Pressemitteilung, das Vorgehen der Bundesfamilienministerin sei ein Skandal und heize gesellschaftliche Konflikte an.

Durch ihr Vorhaben wolle Paus „ohne Not den nächsten Pfeiler eines sorgsam austarierten Kompromisses einreißen, der seit Jahrzehnten gut funktioniert und für gesellschaftlichen Frieden sorgt“. Eine Streichung des Paragrafen wäre nicht mit dem verfassungsrechtlich gebotenen Schutz des ungeborenen Lebens vereinbar und daher verfassungswidrig

Philippinen wollen Abtreibung nicht zulassen

(IDEA) – Die philippinische Regierung hat die Empfehlung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNHRC) zurückgewiesen, Abtreibungen, Scheidungen und gleichgeschlechtliche Ehen zuzulassen. Justizminister Jesus Crispin Remulla sagte vor Journalisten in der Hauptstadt Manila, diese Empfehlungen seien „nicht akzeptabel“.

Kritik an den Werten westlicher Länder

Wie die Internetplattform der Zeitung „The Manila Times“ berichtet, stehen Remulla zufolge die kulturellen Werte seines Landes oft in Konflikt mit Werten, die westliche Länder den Philippinen aufzwingen wollten. In diesen Ländern würden die Rechte des Individuums hochgehalten, aber sie hätten keinen Sinn für die Rechte der Gemeinschaft. Als Gründe für die Ablehnung der UN-Empfehlungen verwies er auf „unsere nationale Identität, unsere religiösen Überzeugungen und unsere kulturellen Traditionen“.

Gender-Ideologie

Kentlers Sexualpädagogik ist nicht mit ihm gestorben

(IDEA) - Das Aktionsbündnis „Demo für Alle“ hat eine Dokumentation über den Sexualwissenschaftler Helmut Kentler (1928–2008) veröffentlicht: www.youtube.com/watch?v=U7LsOeWn8oU. Die Sprecherin des Aktionsbündnisses, Hedwig v. Beverfoerde, hat im Interview mit IDEA-Redakteur Daniel Scholaster die Hintergründe erläutert.

IDEA: Inwieweit prägen Helmut Kentlers Ideen die Pädagogik heute?

Hedwig v. Beverfoerde: Helmut Kentlers Thesen üben weiterhin großen Einfluss aus, weil er die „emanzipatorische Sexualpädagogik“ entwickelt hat. Darauf basiert die heute in Kitas und Schulen überall angewandte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ des Pädagogikprofessors Uwe Sielert.

Die hochproblematische Grundthese von Kentler ist, dass das Kind von Geburt an ein sexuelles Wesen sei und von klein auf angeregt werden solle, sexuelle Lust und Befriedigung zu erfahren. Das ist wissenschaftlich jedoch nicht haltbar.

Kentler hat sich zudem – mindestens mittelbar – selbst pädosexueller Verbrechen schuldig gemacht, indem er im Rahmen des „Kentler-Experiments“ Kinder und Jugendliche gezielt an pädophile Männer vermittelt hat. Diese Männer nahmen die Kinder in ihre Obhut und vollzogen im Gegenzug mit ihnen sexuelle Handlungen – es handelt sich also um nichts anderes als Kindesmissbrauch. Diese Zusammenhänge sollte die Dokumentation aufzeigen.

IDEA: Was ist inzwischen über die Netzwerke um Kentler bekannt?

v. Beverfoerde: Es ist bekannt, dass diese Netzwerke existierten und mutmaßlich weiterhin existieren. Wir gehen davon aus, dass wir erst die Spitze des Eisbergs kennen. Eine im Juni 2020 veröffentlichte Studie der Universität Hildesheim hat ergeben, dass es sich bei den Pflegestellen für Kinder und Jugendliche auch „um alleinlebende, mitunter mächtige Männer“ aus der Wissenschaft, Forschungseinrichtungen und anderen pädagogischen Kontexten gehandelt hat, „die pädophile Positionen akzeptiert, gestützt oder auch gelebt haben“. Momentan warten im Keller des Senats (Berliner Landesregierung) noch bis zu 1.000 Akten, die ausgewertet werden müssten. Der Senat hat in diesem Zusammenhang 2021 eine weitere Studie zur Erforschung der PädNetzwerke beauftragt, die im September 2023 veröffentlicht werden soll. Deshalb haben wir uns als „Demo für Alle“ entschieden, unsere Dokumentation jetzt zu veröffentlichen, um den Druck zu erhöhen, die Ankündigungen auch in die Tat umzusetzen.

IDEA: Wie bewerten Sie die Debatte um den Soziologen Lautmann?

v. Beverfoerde: Der Soziologe Rüdiger Lautmann hält sich in der gleichen Geisteswelt wie Kentler auf. Beide haben sich für die Straffreiheit von Pädosexualität eingesetzt. Dass es den Senat offensichtlich nicht störte, dass im Berliner Ortsteil Schöneberg von der Schwulenberatung Berlin zwei „schwul-lesbische Kitas“ eröffnet werden sollen, während Lautmann im Vorstand des Trägervereins saß, sollte zu denken geben. Auch wenn er inzwischen zurückgetreten ist, halten wir es einfach für ungeheuerlich, dass eine Kita unter das Leitthema von Sexualität gestellt wird.

Wo Kinder mit Sex in Verbindung gebracht werden, da muss man ganz wachsam sein. Denn da werden immer – ob man das will oder nicht – pädophile Interessen bedient. Wir haben deshalb auch eine Petition an den Senat gerichtet, die fordert, dass die Betriebserlaubnis für diese Kitas nicht erteilt werden soll.

Warum der Begriff „Homophobie“ diskriminiert

(IDEA) - Der Theologieprofessor und Publizist Werner Thiede hat den Begriff „Homophobie“ als diskriminierend bezeichnet. Die Verwendung dieses „pauschalisierenden Kampfbegriffs“ zielt darauf, „nicht nur die unsachlichen, sondern auch die sachlichen Kritiker gleichgeschlechtlicher Praxis zu verängstigen und zum Schweigen zu bringen“. Das sei mittlerweile auch vielfach gelungen.

Wer sich als Wissenschaftler mit dem „Homo“-Thema analytisch so befasst, dass dabei auch kritische Aspekte aus Medizin, Psychologie oder Theologie zum Tragen kommen, werde mittels des Begriffs „homophob“ meist schnell an den Pranger gestellt und kollegial isoliert. Wenn sich ein christlicher Publizist die einschlägigen neutestamentlichen Aussagen zu Eigen mache, werde er rasch gebrandmarkt und müsse damit rechnen, von manchen kirchlichen Zeitschriften nicht mehr gedruckt zu werden.

Wer als Pfarrer seine biblisch begründete Position kundtue, habe mit heftigen Reaktionen zu rechnen – womöglich sogar vonseiten der Kirchenleitung. Thiede: „Eine diskriminierte Minderheit bilden heute kaum mehr die Homo- und Transsexuellen, sondern eher schon die angeblich ‚Homophoben‘. Sie zu diskriminieren ist ja die durchschaubare Absicht des Begriffs ‚homophob‘.“

Der Theologe verweist darauf, dass der Begriff der Phobie aus der Psychologie stammt. Er bezeichne die krankhafte, psychoanalytisch auszumachende Furcht vor etwas Bestimmtem. Wenn man bestimmte Themen nicht mehr kritisch ansprechen dürfe, herrsche offensichtlich eine solche Phobie in Gesellschaft und Kirche vor – nämlich eine ausgeprägte „HomosexuellenkritikPhobie“.

Thiede räumt ein, dass nicht alle Argumente von Kritikern der Gleichgeschlechtlichkeit überzeugend sein mögen. Diesbezüglich seien umso mehr offene Diskussionen angesagt, nicht jedoch Tabuisierungen und gezielte Verletzungen. Der Umstand, dass Homosexuellen über lange Zeit hierzulande hinsichtlich ihrer Menschenrechte „übel mitgespielt“ wurde, ist zweifellos höchst bedauerlich“. Er rechtfertige aber nicht eine Entwicklung, die langsam in eine gegenteilige Richtung zu gehen drohe.

Der Begriff „homophob“ spalte „auf niederträchtige Weise, statt eine sachliche Debatte zu fördern“.

Falls der Begriff zur sprachlichen Normalität werden würde, „dann könnte es dazu kommen, dass schließlich auch die Bibel als ‚Homophobie‘-förderliches Buch einer radikalen Kultur- und Gesellschaftskritik anheimfällt“. Dem Theologen zufolge wäre es umso mehr an der Zeit, „in Theologie und Kirche ‚klimatisch‘ endlich wieder ausgewogenere Debatten zum Thema Ehe und Gleichgeschlechtlichkeit zuzulassen, statt sich positionell dem Zeitgeist anzubiedern“.

Zum Nachdenken

„Könnte es sein, dass das, was viele in ihrer etablierten Kirche vermissen und sie zur Abkehr von jeglicher Religion veranlasst, dieselbe Wurzel hat wie das, was in anderen Regionen der Welt Menschen den Pfingstkirchen zutreibt?“ Ludwig Schick, katholischer Erzbischof em.

Literaturhinweis

IDEA ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind. Sie möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

IDEA Das Magazin erscheint wöchentlich (48 Hefte p.a.) mit aktuellen Informationen, Reportagen und Hintergrundberichten.

Abo-Kosten monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands):

€ 10,95 **IDEA Das Magazin (gedruckte Ausgabe)**

€ 8,00 **IDEA Digital** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 11,95 **IDEA PREMIUM** (Print- und Digitalabo)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können IDEA Das Magazin unter www.idea.de/premium kostenlos vier Wochen testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch, per E-Mail oder Internet möglich:

Tel. (06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken für die Spenden, die Druck und Versand dieses InfoBriefes ermöglichen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Die Artikel und Berichte des InfoBriefes sollen die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation besonders im Bereich der Kirche entgegenwirken. Soweit sie namentlich gekennzeichnet sind, geben die Beiträge die Meinung der Verfassers wider. Die Redaktion behält sich im Hinblick auf den begrenzten Platz ggf. Kürzungen unter Wahrung des Sinnes vor.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten **LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V.** herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes). Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfr. Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.